



Sicherheit in Europa, im Nahen Osten und Afrika neu denken:

Eine historische Münchner Sicherheitskonferenz 2025

- Vom Zerschneiden des jahrzehntelangen Wertekonsenses zwischen Europa und den USA und vom Erhalt unserer Demokratie

Wir haben eine historische Sicherheitskonferenz erlebt – der westliche Wertekonsens, 60 Jahre lang selbstverständliche Grundlage der Münchner Sicherheitskonferenz und der europäischen NATO-Sicherheitspolitik, zerbricht.

So sagte z.B. der Präsident Litauens, Nauseda, nach der verstörenden Rede von US-Vizepräsident Vance: „*Ich bin und war überzeugter Transatlantiker. ... Es ist meiner Ansicht nach zu früh, jetzt zu sagen: Wir müssen uns von den USA trennen*“ – und stellte damit wie viele andere eben eine solche mögliche Trennung während dieser Münchner Sicherheitskonferenz erstmals in den Raum.

- 1. Die USA als Gefahr und Chance für die Demokratie in Europa**
- 2. Die USA als aktueller Glücksfall für den Frieden in Europa**
- 3. Sicherheit neu denken: UN-Sicherheitsgarantien für die Ukraine**
- 4. Sicherheit neu denken: Eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten**
- 5. China als möglicher Partner Europas**
- 6. Lesenswerter MSC-Report zur weltweiten Multipolarisierung**
- 7. Sicherheit neu denken in Afrika:
Die neue Bundesregierung kann und muss nachhaltig zivile und kirchliche Sicherheitsakteur*innen unterstützen**
- 8. Der enge und weite Sicherheitsbegriff der MSC**

1. Die USA als Gefahr und Chance für die Demokratie in Europa

Die in München unverhohlene öffentliche Wahlwerbung von US-Vizepräsident Vance für die AfD ist nach Einschätzung in München anwesender sehr erfahrener Journalist*innen der New York Times als bewusster strategischer Angriff auf die deutsche und europäische Demokratie zu werten – mit dem Ziel, durch eine dauerhafte Spaltung Deutschlands und Europas die internationalen Spielräume der USA zu erweitern.

Der vehemente Einsatz des US-Vizepräsidenten für die Aufhebung der europäischen Regulierungen Künstlicher Intelligenz und Sozialer Medien im Interesse US-amerikanischer Macht- und Gewinninteressen erfuhr in München ebenso wie die Wahlempfehlung für rechtsextreme und populistische Parteien klaren und eindeutigen Widerstand durch die europäischen Spitzenpolitiker*innen - inklusive des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz.

Allerdings enthält die Kritik von Vance hinsichtlich der von ihm genannten Einschränkung der Meinungsfreiheit in Europa auch einen wahren Kern, insofern als berechtigte Kritik am Vorgehen der Regierungen während der Coronapandemie und in Bezug auf den Ukrainekrieg tatsächlich von Regierungen als auch im Rahmen öffentlicher Medien keinen angemessenen Raum fand und teilweise bis heute findet.

Was natürlich keinesfalls eine Wahlempfehlung für die AfD rechtfertigt, sondern zum Verständnis der Wahlentscheidungen zahlreicher Menschen sowohl in den USA als auch in Europa beitragen könnte. Selbstkritisch gelesen und reflektiert könnte die vom US-Vizepräsident geäußerte Kritik insofern auch zur Überwindung unserer Demokratiekrise beitragen.

Zudem wurde in München auch die grundsätzliche Gefährdung unserer Demokratie durch die technologische Entwicklung, also durch KI sowie Social Media eindringlich problematisiert.

2. Die USA als aktueller Glücksfall für den Frieden in Europa

Dass die USA die Ukraine und Russland zur Beendigung des Ukrainekriegs an den Verhandlungstisch zwingen, ist für Europa ein möglicher Glücksfall. Diesbezüglich zeigen die USA Führungsstärke und eine Distanz zum Krieg, die europäischen Politiker*innen vermissen lassen.

Tragisch daran ist, dass die USA 2008 gegen den Willen Deutschlands und Frankreichs das Ziel einer Aufnahme der Ukraine in die NATO durchgesetzt haben – und damit eine wesentliche Ursache für den brutalen und menschenverachtenden Überfall Putins auf die Ukraine.

Jetzt werden die USA von der Bevölkerung der Ukraine als Friedensengel begrüßt mit ihrem Verhandlungsangebot, die Ukraine nicht in die NATO aufzunehmen - während die Ukrainer*innen von West-Europa enttäuscht sind, nachdem sich inzwischen (fast) alle Regierungen Westeuropas der damaligen US-

Forderung nach einem NATO-Beitritt der Ukraine angeschlossen haben und von dieser kriegsverlängernden Vorstellung gar nicht mehr loslassen können.

Zwar argwöhnen viele europäische Politiker*innen und Medien, dass ein von US-Präsident Trump vermittelter Frieden ein in jedem Fall zu vermeidender Diktatfrieden für die Ukraine sein könne – doch spiegeln die aktuellen US-Vorstellungen lediglich die Kriegsrealität und -dynamik in der Ukraine wider.

So hat jüngst selbst der langjährige NATO-Generalsekretär Stoltenberg öffentlich benannt, dass die Ukraine realistischerweise für Frieden zumindest vorübergehend auf ihre Souveränitätsrechte in der Ostukraine werde verzichten müssen. Und kein/e Europäer*in zeigt der Ukraine derzeit realistische Alternativen zu den derzeitigen Aktivitäten der USA zur Beendigung des Krieges auf.

Das irritierende Vorgehen der Trump-Administration im Nahen Osten sowie bezüglich der Ukraine fordert und fördert aktuell gemeinsames Handeln sowohl der Arabischen Liga als auch der EU zur Beendigung der Kriege heraus. So chaotisch die gewählte Vorgehensweise der USA ist, so bringt sie doch in beide Konflikte eine enorme Bewegung, wie sie jahrelang nicht denkbar war.

So berichtete der Ministerpräsident Jordaniens von einer Tagung der Arabischen Liga am Tag vor der Münchner Konferenz zur Ausarbeitung gemeinsamer eigener Vorstellungen zur Zukunft des Gazastreifens und zur Gestaltung eines nachhaltigen Friedens in der Region. Die europäischen Staats- und Regierungschefs trafen sich am Tag nach der Münchner Konferenz zu einem ersten Sondergipfel zur Entwicklung gemeinsamer Zukunftsvorstellungen.

Diese notwendigen und sinnvollen Entwicklungen wären ohne das rücksichtslose Vorgehen von Donald Trump nicht denkbar – insofern können wir das diesbezügliche Vorgehen der USA durchaus als Chance begreifen.

3. Sicherheit neu denken: UN-Sicherheitsgarantien für die Ukraine

Als Initiative Sicherheit neu denken konnten wir in München in zahlreichen Gesprächen unseren Vorschlag von UN-Sicherheitsgarantien für die Ukraine einbringen (siehe sicherheitneudenken.de/europa-szenario).

Wir sehen in diesem Vorschlag die Möglichkeit, den fehlenden Willen der USA zur Beteiligung an den notwendigen Sicherheitsgarantien für die Ukraine durch die Beteiligung von BICS-Staaten (BRICS ohne Russland) zu ersetzen – mit dem wirkungsvollen Nebeneffekt einer Stärkung der UNO und des Globalen Südens und damit des Völkerrechts. Auf diese Weise könnte Europa aus der aktuellen Krise heraus idealerweise zentrale Ziele unserer europäischen Sicherheitspolitik durchsetzen – und den imperialen Tendenzen sowohl des US-Präsidenten Trump als auch des russischen Präsidenten Putin gemeinsam mit Ländern des Globalen Südens etwas Realistisches entgegensetzen.

Dieser Vorschlag wurde teils in kurzen und in zahlreichen längeren Gesprächen vom ARD-Studio Brüssel, Redaktionsleitungen großer deutscher Medienhäuser sowie der New York Times ebenso interessiert und positiv aufgenommen wie vom Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und der Vorsitzenden des

Verteidigungsausschusses des EU-Parlaments, Agnes Strack-Zimmermann, die diesen Vorschlag u.a. einen Tag später in ein Moma-Interview mit einbrachte.

Auch mit zahlreichen Parlamentarier*innen aus Polen, Kanada, Deutschland, den Niederlanden, Estland und der Ukraine sowie deutschen Regierungsvertreter*innen und dem indischen Außenminister konnten wir in München zu diesem Vorschlag Kontakte knüpfen, hunderten Sicherheitspolitiker*innen, -Think Tanks, -Expert*innen sowie Medienvertreter*innen konnten wir unseren Vorschlag schriftlich vermitteln.

4. Sicherheit neu denken: Eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten

Unseren Vorschlag, im Nahen und Mittleren Osten beständig eine ähnlich konstruktive Austausch-Plattform wie die Münchner Sicherheitskonferenz und die langjährige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einzurichten (siehe sicherheitneudenken.de/europa-szenario), hat u.a. der Außenminister Bahrains sehr positiv und interessiert aufgenommen.

5. China als möglicher Partner Europas

Der chinesische Außenminister Wang Yi sprach – ganz im Unterschied von US-Vizepräsident Vance - in seiner Rede so, wie wir es von strategischen Partnern Europas in der Welt erwarten (würden):

- *„Wir sollten uns für eine gerechte, geordnete multipolare Welt einsetzen.“*
- *„Gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Prinzipien sollten die Grundlage einer multipolaren Welt werden. Deswegen unterstützt China alle Länder egal von welcher Größe.“*
- *„Es ist wichtig, dass internationale Gesetze respektiert werden.“*
- *„Wir sehen viel Chaos in der Welt, weil einige Länder sich dem Recht des Stärkeren verschrieben haben. China hat 600 Internationale Abkommen unterzeichnet und hält sich daran.“*
- *„Internationale Global Governance hat vielen Ländern weitergeholfen in den letzten Jahren. Wir finanzieren die UNO und wir fördern regenerative Energien.“*
- *„Ich hoffe, dass alle Länder jenseits ihrer kulturellen und ideologischen und systemischen Unterschiede zum Wohle des Planeten zusammenarbeiten können - dann wird es keine Doppelstandards geben.“*
- *„Andere Länder zu verändern, ist unrealistisch. Man muss sich gegenseitig respektieren. Sanktionen und der Einsatz von Gewalt können solche Probleme nicht wirklich lösen, sondern nur Gespräche.“*
- *„Die globalen Herausforderungen erfordern Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil.“*

Von europäischen Politiker*innen und in den Medien werden solche schon seit Jahren zu vernehmenden Töne regelmäßig kritisch bewertet, da China unterstellt

wird, ebenso wie die USA anstatt einer gleichberechtigten internationalen Ordnung in Wahrheit eine dominante Stellung in der Welt anzustreben.

Und tatsächlich anerkennt China u.a. im Südchinesischen Meer eine Entscheidung des Internationalen Seegerichtshofs nicht - die entsprechend kritische Frage ließ der chinesische Außenminister in München unbeantwortet. Und Taiwan versteht China als integralen Bestandteil Chinas – insofern würde eine gewaltvolle Wiedereingliederung Taiwans in die Volksrepublik China aus Sicht Chinas nicht dem Souveränitätsrecht und der im Völkerrecht festgeschriebene Unverletzlichkeit von Grenzen widersprechen.

Abgesehen davon scheint die generelle Unterstellung, China meine es mit seinen Ankündigungen für eine gerechte Weltordnung nicht ernst, tendenziell als Projektion eigenen westlichen Dominanzverhaltens. Zumindest bezüglich des afrikanischen Kontinents wurde in München von zahlreichen Expert*innen im geschützten Raum festgestellt, dass China sich dort aktuell eher als Partner anbiete denn die USA, die ohne Vorwarnung fast sämtliche entwicklungsfinanzielle Unterstützung für die afrikanischen Staaten gestoppt haben.

6. Lesenswerter MSC-Report zur weltweiten Multipolarisierung

Der im Rahmen der Münchner Konferenz veröffentlichte Report "Multipolarization" beschreibt lesenswert die aktuelle Gleichzeitigkeit von Uni-, Bi- und Multipolarität (*als Initiative SND sprechen wir von Multilateralität*) in der Welt aus Sicht der großen Player inklusive führender BRICS-Staaten (*siehe [securityconference.org/publikationen/munich-security-report-2025](https://www.securityconference.org/publikationen/munich-security-report-2025)*). Auf diesen Bericht bezog sich u.a. Chinas Außenminister mehrfach in verbindender Weise.

Inhaltsübersicht:

- 1. Introduction: Multipolarization*
- 2. United States: Maga Carta*
- 3. China: Pole Positioning*
- 4. European Union: A Perfect Polar Storm*
- 5. Russia: The Czar's Gambit*
- 6. India: Modi-fied Status*
- 7. Japan: A New Normal*
- 8. Brazil: Lula Land*
- 9. South Africa: The Fate of Good Hope*

7. Sicherheit neu denken in Afrika:

Die neue Bundesregierung kann und muss nachhaltig zivile und kirchliche Sicherheitsakteur*innen unterstützen

In zahlreichen Veranstaltungen der MSC wurden die anhaltenden Sicherheitsprobleme in Afrika beklagt – regelmäßig ohne Antworten auf die Frage, wie die

seit Jahrzehnten anhaltende Frustrierung der dortigen Bevölkerungen überwunden werden könnte.

So zeigten die Hanns Seidel Stiftung (HSS) and die Global Initiative Against Transnational Organized Crime (GI-TOC) in der Vorstellung einer aktuellen Studie die destabilisierende Verbreitung und Wirkung der russischen Wagner-Gruppe (jetzt Africa Corps genannt) in zahlreichen Ländern Afrikas auf. Auch der bisher insgesamt destruktive Beitrag Frankreichs zum Aufbau nachhaltiger Sicherheit in dessen ehemaligen Kolonialstaaten wurde deutlich benannt.

Eine Veranstaltung unserer Initiative in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe Münchner Sicherheitskonferenz verändern (MSKv) stellte die beeindruckende nachhaltig-systemische Wirkung kirchlicher und ziviler Sicherheitsakteur*innen in zahlreichen afrikanischen Ländern vor, die Anlass zu großer Hoffnung geben.

Es wurde klar, wie wichtig es ist, der neuen Bundesregierung die Bedeutung dieser kirchlichen und zivilen Sicherheits-Akteur*innen in Afrika als strategische Alternative bekannt zu machen und eine nachhaltige Unterstützung ihrer Arbeit einzuwerben. Dazu haben sich inzwischen zahlreiche dieser Akteur*innen in der Initiative Rethinking African Security (RRAS) zusammengeschlossen.

8. Der enge und weite Sicherheitsbegriff der MSC

Der vom Vorsitzenden der MSC, Botschafter Christoph Heusgen, bei der Bundespressekonferenz und in seiner Eröffnungs- und Schlussrede betonte weite Sicherheitsbegriff der MSC spiegelte sich wie in den Vorjahren in zahlreichen thematischen Foren der Konferenz wider, u.a. zu den Themen Klima- Ernährungs- und Cybersicherheit, Seltene Erden, Waffenkontrolle und Abrüstung.

Fast die zehnfache Zahl an Foren befasste sich jedoch mit Themen militärischer Sicherheitspolitik – und diese Foren waren auch durchgängig von höherrangigen Politikvertreter*innen der NATO-Mitgliedsländer besetzt. In diesen Foren ging es z.B. um die technologische Weiterentwicklung der Nutzung von KI in integrierten Waffensystemen sowie vielfach um kurz- und mittelfristig Aufrüstung.

Die MSC war auch dieses Mal wieder Treffpunkt weltweiter Lobbyvertreter*innen der Rüstungsindustrie mit führenden Militärs und Politiker*innen.

Ralf Becker ist Koordinator der europäisch-afrikanischen Initiative [Sicherheitneudenken.de](https://www.sicherheitneudenken.de) und hat im Auftrag des MSKv als Beobachter an der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 teilgenommen.